



Druck auf Innenminister Platter steigt: Caritas-Präsident Küberl fordert Ende der Schubhaft

Asyl: Wirtschaft unterstützt Berger

Nach Justizministerin Maria Berger kann sich auch die Wirtschaftskammer eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber vorstellen.

Wien. Nach drei oder sechs Monaten im Asylverfahren sollten Asylwerber alle Jobs annehmen dürfen, für die sich kein Österreicher findet. Mit diesem Vorschlag hatte Justizministerin Maria Berger (SPÖ) im ÖSTERREICH-Interview aufhören lassen. Innenminister Günther Platter (ÖVP) lehnt das entschieden ab.

Nach zwei Jahren. Nun bekommt Berger aber auch von ÖVP-Seite Unterstützung. „An sich entspricht das unseren Überlegungen“, sagt Wirtschaftskammer-Generalsekretär Reinhold Mitterlehner zu ÖSTERREICH. Im Gegensatz zu Berger kann sich Mitterlehner den vollen Zugang zum Arbeitsmarkt aber frühestens nach zwei Jahren im Asylverfahren vorstellen. Gibt es einen nega-



Bildreport, Reinman

Caritas-Präsident Franz Küberl will die Schubhaft abschaffen und hofft dabei auf die „soziale Intelligenz“ der Behörden.

tiven Asylbescheid, müssten Abschiebungen trotz Arbeitsrecht möglich sein.

Schlag ins Gesicht. Auch von anderer Seite gerät Platter unter Druck: Die Initiative „Flucht ist kein Verbrechen“ fordert die Abschaffung der Schubhaft. Die Asylwerber hätten nichts getan außer zu fliehen, dennoch würden sie eingesperrt, bis die Bürokratie entschieden habe. Mit-Ini-

tiator Caritas-Präsident Franz Küberl bezeichnet die Schubhaft als „Schlag ins Gesicht des Rechtsstaats“. Wenn die Politik schon nicht mit sozialer Intelligenz überzeugt werden könne, dann vielleicht mit wirtschaftlichen Argumenten: Ein Asylwerber koste den Staat 17 Euro am Tag, ein Tag Schubhaft koste jedoch viermal so viel.

(go/kaa)



Wirtschaftskammer-
General
Mitterlehner.

„Fähigkeiten besser nutzen“

ÖSTERREICH: Sollen Asylwerber arbeiten dürfen?

REINHOLD MITTERLEHNER:

An sich entspricht das unseren Überlegungen, dass man die Qualifikationen der Asylwerber nutzt.

ÖSTERREICH: Das heißt?

MITTERLEHNER: Die Arbeitsmarkt-Öffnung darf sich bei negativen Asylverfahren nicht kontraproduktiv auswirken. Und sie kommt frühestens nach zwei Jahren in Frage.